

Josef Esser, Wolfgang Fach, Georg Simonis Grenzprobleme des 'Modells Deutschland'

(1) Einleitung

Die Grenzprobleme des kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus rühren letztlich alle daher, daß er seinen »Untertanen« nicht nur vielfältige *Reproduktionschancen* eröffnet, sondern sie gleichzeitig ebenso vielen *Destruktionsmechanismen* aussetzt: einerseits Arbeitsplätze, andererseits Zerstörung der Arbeitskraft; einerseits Konsummöglichkeiten, andererseits Vernichtung der Lebenswelt; einerseits Freiheitsrechte, andererseits Ausbeutung und Repression. Als dominanter Abwehrmechanismus gegen die gesellschaftsgefährdenden Effekte dieses Widerspruchs hat sich in der Bundesrepublik das *Sozialstaatsprinzip* etabliert: so bleibt der Störungsherd zwar erhalten, doch seine Schadwirkungen werden (mehr oder weniger großzügig) *kompensiert*. Wer unter den harten Bedingungen nicht mehr arbeiten kann, erhält eine Rente; die sich krank geschuftet haben, werden für neue Einsätze wieder gesund gepflegt; verliert einer seine Beschäftigung, helfen staatliche Vermittlungsstellen; selbst kriminelle Elemente werden nicht nur verwahrt, sondern auch rehabilitiert und versorgt.

Die Zielvorstellung des sozialstaatlichen Reparaturbetriebs ist, bei denen den »gesunden Bürger« zu restaurieren, die dem Zerstörungsdruck ihrer Gesellschaft nicht standgehalten haben. Diese »Gesundheit« setzt sich aus mehreren Faktoren zusammen:

- ökonomisch meint sie: *Stabilität* der »Revenuequelle«, gleichgültig ob als Lohn, Rente oder in sonst einer Form;
- politisch meint sie: *Loyalität* gegenüber Form und Inhalten des staatlichen Handelns, also Beschränkung auf die passive Wählerrolle (das aber freudig), Vertrauen in den Sachverstand der Regierenden, Identifizierung mit dem »System«;
- ideologisch meint sie: *Normalität* im Sinne einer verlässlich arbeitenden Psyche, was umfaßt: Leistungswille, Ordnungsliebe, Anpassungsfähigkeit, Konsumbereitschaft.

Das Leistungsangebot des Sozialstaats ist kostspielig; zudem finanziert er es aus Ressourcen, die einem Teil der Gesellschaft, dem 'funktionierenden' *Zentrum* abgenommen werden müssen, bevor sie die *Peripherie*, 'defekte' Randgruppen, sanieren können. Von daher besteht zwischen beiden Sektoren ein strukturell angelegtes Konkurrenzverhältnis, das immer dort aufzubrechen droht – und dabei tieferliegende Klassegegensätze zeitweise verschüttet –, wo der erwirtschaftete Reproduktionsfonds nicht ausreicht, um alle zu befriedigen (wenigstens perspektivisch).

Diese Konstellation enthält mithin *den Keim* einer ökonomisch verankerten, politisch-ideologisch flankierten Gesellschafts*spaltung* zwischen 'Leistungsträgern' und »Kostgängern«. Im ausbrechenden Konflikt dienen jene, naturgemäß am längeren Hebel sitzend, dem Status quo logischerweise als sichere Stütze. Das kann sich allerdings ändern, sobald ein zweites, prinzipielles Spannungsfeld entstehen sollte: der Eintritt von Vergesellschaftungsschäden, die sozialstaatlich überhaupt nicht zu beheben sind, weil sie für ihre Opfer durch

Geld- oder Sachleistungen nicht aufgewogen werden – sei es wegen des bereits erreichten Sättigungsgrades oder aufgrund irreparabler Verluste (etwa an gesunder Umwelt). Von beiden Krisenformen scheint die Bundesrepublik gegenwärtig heimgesucht zu werden, nachdem ihre erste Phase – charakterisiert durch ein »extensives« Wachstum mit der Möglichkeit zu sozialstaatlicher *Öffnung*/Integration – weitgehend in selbstverständlicher Stabilität verlaufen ist. Diese Tendenzwende – so unsere Argumentation – erklärt sich hauptsächlich daraus, daß veränderte Weltmarktbedingungen das 'Modell Deutschland' in eine 'intensive' Phase getrieben haben, die verschärfte Knappheitsbedingungen erzeugt und den Intensitätsgrad der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen spürbar erhöht.

(2) *Strukturen des 'Modells Deutschland'*

Das 'Modell Deutschland' – wenngleich erst als 'ideologische Formel' der deutschen Sozialdemokratie bekannt geworden – umfaßt *strukturelle* ökonomische, soziale und politische Bedingungen, die den Reproduktionsmodus der Bundesrepublik von dem anderer westlich-kapitalistischer Industriegesellschaften unterscheidet (vgl. Esser/Fach 1979; Esser et al. 1979a).

Das 'Modell Deutschland' ist durch folgende Strukturmerkmale gekennzeichnet: *Ökonomisch* durch die Integration in den Weltmarkt auf der Basis des Exports moderner Industriewaren mit einem weit überdurchschnittlich hohen Anteil von technologisch fortgeschrittenen Investitionsgütern. Dem hohen Exportanteil der Industriegüterproduktion entspricht ein hoher Anteil von Importen bei der inländischen Marktversorgung. Die Dynamik des externen Sektors (indirekte und direkte Produktion von Waren und Dienstleistungen für den Weltmarkt, Entwicklung der terms of trade) bestimmt den Akkumulationsprozeß. Die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in der Produktionsmittelindustrie und -technologie ist Voraussetzung für die krisenfreie Reproduktion der bundesrepublikanischen Gesellschaftsformation und daher funktionaler Imperativ für Kapital, Arbeit und Politik. Gleichzeitig sind die Binnensektoren den weltmarktintegrierten Sektoren der Wirtschaft funktional subordiniert; denn eine hohe Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt garantiert nicht nur Absatz und Profite, sondern ermöglicht die Externalisierung immanenter Krisenfaktoren, wie: sinkende Profitrate, Überakkumulation und Disproportionalitäten. Funktionale Subordination heißt dann: für den Binnenmarkt produzierende Branchen und Industriezweige sind in dem Umfang der Konkurrenz ausgesetzt, wie dadurch die Produktionskosten der Exportindustrie verringert werden (Importe von Rohstoffen, Vor- und Zwischenprodukten, Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft). Eine 'Überhitzung' der Binnenkonjunktur, die über Lohn- und Preissteigerungen die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen könnte, muß durch geeignete Maßnahmen politisch verhindert werden ('gemäßigte' Lohnpolitik, Lohnsteigerungen im Rahmen oder unter dem Durchschnitt des Produktivitätswachstums im Exportsektor, strikte Antiinflationpolitik, Politik der Unterbewertung der DM).

Sozial verlangt das 'Modell Deutschland' eine ökonomisch und politisch integrierte Arbeiterklasse. Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt läßt sich nur erhalten, wenn die Lohnkosten nicht unverhältnismäßig gegenüber dem Produktivitätsfortschritt und den Konkurrenzrenten steigen, wenn keine Störungen durch Arbeitskämpfe die Qualität der Produktion

und die Einhaltung genauer Liefertermine beeinträchtigen, und wenn Rationalisierung und Modernisierungsmaßnahmen möglichst schnell, ohne Rücksichtnahme auf die Auswirkungen bei den unmittelbaren Produzenten, vorgenommen werden können. Die Akzeptierung der Strategien des Kapitals zur Sicherung der Weltmarktkonkurrenzfähigkeit durch die Arbeiterklasse setzt massenintegrative Apparate voraus, die mögliche Konflikte dämpfen und lokalisieren; also in das »Exportmodell« integrierte Gewerkschaften, die seine Funktionsbedingungen als Sachzwang verstehen und sie politisch durchsetzen. Die Aufgabe der Gewerkschaften, soziale Friktionen bei der Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Weltmarktkonkurrenz zu glätten, ist durchaus rational: garantiert doch die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit in Schlüsselindustrien hohe Löhne und Beschäftigung zumindest der gewerkschaftlich organisierten Kernarbeiterschaft und damit auch den Bestand der Gewerkschaften.

Politisch ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gefordert, deren konkrete Ziele die Verhinderung von Gefährdungen der internationalen Konkurrenzfähigkeit, des reibungslosen Absatzes der Exporte sowie der notwendigen Importe sind. Die Realisierung der allgemeinen Ziele des magischen Vielecks, die eine Zusammenfassung der ökonomischen Bedingungen für die politische Stabilität der Gesellschaftsformation sind und denen, je nach Konjunktur, unterschiedliche Bedeutung zukommt, erfolgt und kann auch nur erfolgen, indem den funktionalen Erfordernissen des besonderen bundesrepublikanischen 'Akkumulationsmodells' Rechnung getragen wird: Förderung der Modernisierung der Volkswirtschaft, Anpassungssubventionen an strukturschwache Branchen, die der Importkonkurrenz ausgesetzt sind, Unterstützung der Internationalisierung der Produktion, politische Absicherung der Restrukturierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsverhältnisse entsprechend dem 'Sachzwang' des Weltmarktes, korporatistische Krisenpolitik und sicherheitspolitische Maßnahmen, soweit die Mittel des liberalen Sozialstaates nicht ausreichen, um die Subsumtion der Arbeiterklasse unter die internationalisierten Verwertungsbedingungen des Kapitals und ihre Integration in das Institutionengefüge des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik zu gewährleisten.

(3) Das 'Modell Deutschland' in der extensiven Phase: Die lange Exportkonjunktur

Die hier zusammengefaßten Strukturen des »Modells Deutschland« verdanken ihre bisherige Stabilität und Dynamik spezifisch-historischen Entwicklungsprozessen (Schlupp 1979), die – was die Strategie der binnenwirtschaftlichen Sektoralisierung bei gleichzeitiger spezialisierter Exportorientierung anbetrifft – bereits mit der Industrialisierung Deutschlands nach 1870 einsetzt. In der Weimarer Republik werden sie ab 1923 (Stabilisierungsphase) verstärkt durch die rasche Übernahme des Taylorismus vorangetrieben und auch während des Nationalsozialismus nur zeitweise (1933 - 36) unterbrochen, dann jedoch kontinuierlich fortgesetzt.

Die deutsche Wirtschaft begann auch nach 1945 nicht bei einer »Stunde Null«, sondern konnte auf eine vom Faschismus übernommene und kaum zerstörte moderne und erweiterte Kapitalausrüstung aufbauen, die dem traditionellen Spezialisierungsprofil der deutschen Industrie entsprach. Aufgrund einer langanhaltenden ökonomischen Expansionspe-

riode aller kapitalistischen Länder, die aus dem kriegsbedingten Nachfragestau resultiert und durch den Korea-Boom weiter forciert wird, ist auch die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung in den 50er und 60er Jahren von einer dauerhaften, nur von unbedeutenden zyklischen Schwankungen unterbrochenen Wachstumssteigerung bestimmt. Entscheidend ist nun, daß neben dem aufnahmefähigen Binnenmarkt die Antriebskräfte der wirtschaftlichen Entwicklung in zunehmendem Maße von den äußeren Märkten gestellt werden.

»1950 = 100 stieg die Industrieproduktion bis 1961 auf 263, der Gesamtumsatz der Industrie auf 346 und der Auslandsumsatz auf 633. Zwischen 1950 und 1960 wuchsen absolut und relativ auch die Gesamtimporte der BRD. ... Nach anfänglichen Einfuhrüberschüssen (1949 bis 1951) verzeichnet die Bundesrepublik seit 1952 wachsende Ausfuhrüberschüsse. Der prozentuale Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Industrie betrug 1936 8,6%, 1950 wieder 8,3% und 1960 15,1%. Der Anteil der Fertigwaren am Gesamtexport der gewerblichen Wirtschaft betrug 1961 83%. Davon gingen ca. 73% in die westeuropäischen Länder, die USA, nach Kanada und Japan, d.h. zu fast $\frac{2}{3}$ in hochentwickelte kapitalistische Länder« (Welteke 1976, S. 54).

Dabei richtete sich die Auslandsnachfrage vor allem auf Grundstoff- und Produktions- sowie Investitionsgüter-Industrie.

»Auf die fünf größten Exportindustrien (Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemische Industrie, Elektrotechnische Industrie, eisenschaffende Industrie) entfielen 1960 64,3% ..., bis auf die chemische, die eisenschaffende und die Textilindustrie handelte es sich ausschließlich um Investitionsgüterindustrien. Sie waren mit fast 70% am Auslandsumsatz der zehn größten Exportindustrien beteiligt« (ebda, S. 55).

Die Zeit Mitte der 50er Jahre bis zur ersten größeren Rezession 1966/67 wird als »lange Exportkonjunktur« gekennzeichnet.

»Die Exportquote der Industrie erhöhte sich von 17,3% im Durchschnitt der Jahre 1956/58 auf 21,8% 1966/68; die wichtigen Wachstumsindustrien, wie Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemische Industrie und Eisen- und Stahlindustrie, liegen erheblich über diesem Durchschnitt und konnten ihren Exportanteil überdurchschnittlich steigern; die Elektrotechnik folgte erst später nach. Die Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals drückt sich auch im Anteil seiner Exporte an den Gesamtexporten des kapitalistischen Weltmarkts aus: sie stiegen von 3,5% 1950 über 7,3% 1957 bis auf 10,9% 1965« (Schmiede 1967, S. 128).

Die relativ rasche Überwindung der Rezession 1966/67 ist wieder in entscheidendem Ausmaß der Auslandsnachfrage zuzuschreiben. Aufgrund eines international inhomogen verlaufenden Konjunkturzyklus' gelingt es dem westdeutschen Kapital in den bereits benannten Branchen, seine Exporte erfolgreich weiter auszubauen. Diese erfolgreiche Exportstrategie wäre nicht denkbar gewesen ohne eine auf Kooperation, lohnpolitische Disziplin und Verzicht von Arbeitskämpfen orientierte Politik der Gewerkschaften, die Kindleberger treffend »Einkommenspolitik von unten« genannt hat. Die bescheidene, nach dem Hunger und Elend der Kriegs- und Nachkriegszeit aber hochwillkommene Verbesserung der Lebensverhältnisse spielte dabei eine entscheidende Rolle, erklärt aber nicht alles. Neben der Schwächung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus müssen hier die bereits in der historischen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verankerten reformistischen und wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen sowie eine ausgeprägte Staatsfixierung gebührend berücksichtigt werden. Im Ergebnis jedenfalls haben Institutionalisierung des Klassenkonflikts und eigenes Kooperationsinteresse die Gewerkschaften dahin gebracht, den 'Sachzwängen' des 'Modells

Deutschland' fast problemlos zu gehorchen.

Trotz ihrer neoliberalen Ideologie in den 50er Jahren hat auch die staatliche Politik ihren Beitrag zur Herausbildung des 'Modells Deutschland' geleistet. Staatliche Wirtschafts- und Steuerpolitik forcierten eindeutig die private Kapitalakkumulation zugunsten der technologisch fortgeschrittenen exportorientierten Industrien.

»Eine entschiedene Stabilitäts- bzw. Deflationspolitik sorgte für niedrige Inflationsraten und eine Zügelung der Binnennachfrage mit dem Erfolg, daß der Drang in die Exportmärkte doppelt angelegt wurde. Preisstabilität im Innern und Wettbewerbsfähigkeit nach außen bildeten die Eckpfeiler der Geld- und Währungspolitik. Vollbeschäftigung wurde – wie die Rezession 1966/67 demonstrierte – der Preisstabilität untergeordnet. Trotz steigender Exportüberschüsse seit der 2. Hälfte der 50 Jahre – verursacht durch eine nahezu chronische Unterbewertung der DM – war die Parität tabu, und Wechselkursänderungen wurden nur als »ultima ratio« praktiziert, wenn die importierte Inflation das Ziel der Preisstabilität gefährdete. Die Anpassung der Zahlungsbilanzen wurde zur Sache der Defizitländer erklärt, welche von dem Pfad der Währungsdisziplin abgewichen waren. Im Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Exportchancen vermochte der Exportsektor (Industrie- und Geschäftsbranchen) erfolgreich notwendige Aufwertungen zu verzögern, wie der Verlauf der Aufwertungsdebatten 1961 und 1968/69 zeigt« (Kreile 1968, S. 250).

Eine forcierte exportorientierte Industrialisierungsstrategie verursacht notwendigerweise *soziale Kosten*.

Auf der Seite des Kapitals bedeutete sie eine branchenmäßige Gewichtsverlagerung bei gleichzeitig zunehmender Konzentration und Zentralisation. Insgesamt gab es von 1950 bis 1972 fast 83000 Konkurse; selbständige Handwerksunternehmen gingen von 1949 bis 1973 um 40% zurück; die gleichzeitige Durchkapitalisierung der Landwirtschaft vernichtete in dieser Zeit 43% selbständiger Bauernexistenzen (Huffschmid/Schui 1975, S. 99 ff.). Während der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors von 53% 1950 auf 7% 1975 schrumpfte (Kommission 1977), ging der Anteil der Selbständigen an der Erwerbsbevölkerung von rd. 16% 1950 auf 9,7% 1973 zurück (BMWi 1978, S. 14). Die insgesamt stattgefundenen Verschiebung der Klassenstruktur hat also zu einer Zerstörung zahlreicher selbständiger Existenzen gerade im Bereich der 'alten' Kleinbourgeoisie und des nicht-monopolistischen Kapitals geführt.

Bei der in Gang gesetzten Kapitalakkumulation nahm man in den 50er Jahren hohe Arbeitslosenraten bewußt in Kauf. 1950 betrug diese 10,4% (in absoluten Zahlen ca. 1,6 Millionen Menschen); 1955 noch 5,2% (ca. 1 Millionen) und sank erst 1962 auf unter 1%, womit faktisch Vollbeschäftigung erreicht wurde.

Der rasante Strukturwandel, dem die deutsche Wirtschaft in bisher nicht gekanntem Ausmaß ausgesetzt war, ließ zwar das Heer der Angestellten und Beamten und den Bedarf an neuen Berufsqualifikationen/Tätigkeiten stark ansteigen, bedeutete jedoch zugleich für viele in traditionellen Berufen Beschäftigte Dequalifikation, Umschulung/Umstellung oder Ableiten in angelernte und ungelernete Tätigkeiten.

Auch die Bildungseinrichtungen und das Gesundheitswesen konnten mit dem schnellen Wachstumstempo nicht Schritt halten und wiesen erhebliche Defizite auf, die Ende der 60er Jahre zu steigenden sozialen Spannungen führten. Schließlich muß auf die zunehmenden ökologischen Zerstörungen und die Bildung großer städtischer Agglomerationen hingewiesen werden, die gewachsene soziale und psychische Beziehungen rücksichtslos zerstörten.

(4) Grenzsicherung durch Kompensation: Spaltung und Öffnung der Gesellschaft

Die langanhaltende ökonomische Prosperitätsphase ermöglicht eine jährliche Steigerung der Reallöhne aus unselbständiger Arbeit von 35,8 Mrd. DM auf 241,6 Mrd. DM 1970 (Welteke 1976, S. 70). Gleichzeitig gelingt es innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren, 1,6 Millionen Arbeitslose, unter ihnen viele Heimatvertriebene, sowie die von Durchkapitalisierung und Konzentration betroffenen Mittelständler und Bauern in den Produktionsprozeß einzugliedern. Zahlreiche Subventionen für den alten Mittelstand und die Landwirtschaft lassen die forcierte Industrialisierung und Monopolisierung für diese Schichten weniger schmerzhaft erscheinen und fangen so die Widersprüche der kapitalfraktionellen Verschiebungen zugunsten der technologisch fortgeschritteneren und exportorientierten Kapitale erfolgreich auf. Auch das Netz der sozialen Sicherung wird enger geknüpft. Obgleich strukturelle Neuordnungsvorstellungen von Gewerkschaften und SPD scheiterten und das alte System aus der Bismarck-Zeit beibehalten wird, steigt die Sozialleistungsquote kontinuierlich an, so »daß das deutsche System mit einzelnen Leistungsverbesserungen beibehalten werden konnte, und neben den künstlichen Differenzierungsmechanismen doch immerhin allgemein gleiche gesellschaftliche Reproduktionsbedingungen für alle Arbeiter gelten« (Fuhrke 1976, S. 97 ff.). Die 'Große Sozialreform' von 1957 bringt ein Lohnfortzahlungsgesetz mit zwar minimalen Verbesserungen, vor allem aber die Anhebung der Renten und deren Dynamisierung, womit eine wesentliche materielle Besserung für die Rentner erreicht wird (ebda). Im großen und ganzen hat sich so ein typisches 'Reparatur'muster herausgeschält: Zwar werden laufend Individuen oder Gruppen vom funktionierenden 'Kern' *abgespalten* - aber dann umgehend durch das immer besser ausgestattete und stärker ausdifferenzierte Auffangsystem des Sozialstaats wieder zurückgeholt, das sich zu den Opfern hin *öffnet*. Diese ökonomischen Kompensationsleistungen tragen entscheidend dazu bei, daß sich für den durchschnittlichen deutschen Lohnabhängigen der Klassen- auf einen Interessenkonflikt, der Herrschafts- auf einen Verteilungskonflikt reduziert, verstärkt noch durch die auf aktive Lohnpolitik und verbesserte soziale Sicherung orientierten Gewerkschaften. Im Verein mit alten Traditionsbeständen, speziell einem staatsfixierten 'Ruhe'bedürfnis, und in einem Klima ungebrochener Wachstumseuphorie konstituieren sie den bundesrepublikanischen 'Normalbürger', der seine politische Apathie nur in der Rolle als Wähler für eine der vier »staatstragenden« Parteien unterbricht; der ideologisch auf Konsum und steigenden sozialen Status orientiert ist, für den Sicherheitsverlangen und -befriedigung das 'A und O der Politik' ausmachen, dem Sparsamkeit, Fleiß, Leistungsstreben, Aufstiegswille alles, dagegen Freiheit, Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Gleichheit kaum etwas bedeuten, der mit seinem instrumentellen Bewußtsein den Faschismus allzu leicht verdrängen und den Antikommunismus zur Abwehr seines eigenen Besitzstandes unkritisch übernehmen kann, der aber auch nur so lange stabil (integriert) reagiert, solange die ökonomische Existenz stabil ist. Die vergleichsweise marginalen Gruppen, deren 'Leiden an der Gesellschaft' ökonomisch nicht zu kompensieren ist, werden *repressiv* abgespalten, d.h. denunziert, isoliert, nötigenfalls in Verwahrung genommen, wo sie dem Bewußtsein der anständigen Bürger entzogen sind, kein Gewissen übermäßig belasten und das kollektive Gefühl zufriedener Selbstgewißheit nicht mehr verunsichern können. Das gilt vor allem für die Reste der 'alten Linken', die den Volksparteikurs der Sozialdemokratie und die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische

System nicht mitmachen wollen. An der erfolgreichen repressiven Befriedung der Linken im 'Adenauer'-Staat beteiligen sich Regierung, Staatsschutzorgane, Bundesverfassungsgericht sowie Gewerkschaften und SPD gleichermaßen; dabei darf allerdings die verheerende Rolle der sowjetmarxistischen Alternativpolitik in der SBZ/DDR nicht vergessen werden. Ähnlich geht es der einzigen relevanten außerparlamentarischen Bewegung der 50er Jahre, der Bewegung 'Kampf dem Atomtod' und der ihr folgenden Ostermarsch-Bewegung. Nachdem Gewerkschaften und SPD ihr organisatorisch bestimmtes Interesse an dieser Bewegung verloren haben, und deren Massenmobilisierungspolitik als eine Gefahr für ihre Massen-Stellvertreterpolitik erkannt haben, versuchen sie, diese erfolgreich zu diffamieren und zu kriminalisieren.

(5) Das 'Modell Deutschland' in der intensiven Phase: Anpassungszwänge an neue Weltmarktbedingungen

Mit der Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen des deutschen Exportmodells seit Mitte der 60er Jahre stößt diese bis dahin so erfolgreiche 'Integrationsstrategie' gleichzeitiger Spaltung und Öffnung - durch kompensatorische Leistungen an 'defekte' Individuen oder Gruppen bei komplementärer Isolation der harnäckigen Fälle - an ihre Grenzen. Spätestens seit der Ölkrise und Weltwirtschaftsrezession 1973/74/75 haben sich die Integrationsprobleme des 'Modells Deutschland' in einer Weise gewandelt, daß die Bedingungen der Möglichkeit für die ökonomische, politische und ideologisch-kulturelle Integration durch die oben skizzierte Kompensationsstrategie nicht mehr gegeben sind. Die Aufrechterhaltung der wesentlichen Strukturmerkmale der mit 'Modell Deutschland' bezeichneten Gesellschaftsformation erforderte unter den sich modifizierenden internationalen Konkurrenzverhältnissen eine Modernisierungsstrategie, die mit gesellschaftlichen Destruktionsprozessen verbunden ist, die nicht kompensatorisch aufgefangen werden können, da - wie zu zeigen sein wird - die Destruktion unvermeidbar und die resultierenden Konfliktpotentiale weder durch Öffnung und Systemveränderung noch durch repressive Befriedung stillgelegt werden können.

Die 'intensive Phase' der Kapitalakkumulation beginnt etwa Mitte der 60er Jahre. Seit der ökonomischen Krise von 1967 und der sie begleitenden Reorganisation des 'Blocks an der Macht' wird eine aktive Anpassungs- und Modernisierungspolitik betrieben. Was die verschiedenen ökonomischen Indikatoren anbelangt, ist diese Politik zunächst erfolgreich. Erst mit der Weltwirtschaftsrezession treten die sozialen Folgekosten und die wachsenden 'Integrationsprobleme', die durch die Anpassung an die neuen Weltmarktbedingungen hervorgerufen werden, voll in Erscheinung.

Mindestens vier Merkmale charakterisieren den Eintritt des 'Modells Deutschland' in seine 'intensive Phase':

- Rückgang der realen Wachstumsraten des BSP und der Brutto-Anlageinvestitionen.
- Zunahme der F- und E-Ausgaben.
- Zunahme der relativen Bedeutung von Rationalisierungsinvestitionen gegenüber Erweiterungsinvestitionen in der Industrie.
- In der verarbeitenden Industrie, dem Schlüsselsektor der westdeutschen Ökonomie, seit Anfang der 70er Jahre ein wesentlich schnelleres Wachstum der Produktion je Beschäftigtenstunde als der Nettoproduktion mit dem Ergebnis der relativ abnehmenden Bedeutung dieses Sektors sowohl bei der Bruttowertschöpfung als auch bei den Beschäftigten.

Die Ursachen der Restrukturierung sind in grundlegenden Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Kapitalakkumulation zu suchen (vgl. Simonis 1979). Der lange Nachkriegsaufschwung führte zu einer steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, zu einer Erhöhung der Reallöhne, zu einer Verteuerung seit 1973/74 der Energie- und Rohstoffkosten, zu Realisierungsproblemen einerseits durch entstandene Überkapazitäten und andererseits durch Grenzen in der effektiven Nachfrage (Marktsättigung) und schließlich zu einem immer größeren Kapitalbedarf und Risiko bei zukunftssträchtigen Investitionen. Die Folge all dieser Entwicklungen war und ist ein in allen kapitalistischen Metropolen zu beobachtender nahezu kontinuierlicher Fall der Profitrate (Busch 1978).

Die Gegenstrategien des Kapitals, um den Fall der Profitrate aufzuhalten, treffen auf *neue* ökonomische, technische und politische *Bedingungen*, die für den kapitalistischen Weltmarkt insgesamt zutreffen und die, vom Kapital selbst geschaffen, als Rahmen für Anpassungsstrategien in Rechnung zu stellen sind.

- Die Entwicklung der Daten- und Informationsverarbeitung durch die Mikroelektronik hat ein Stadium erreicht, in dem sich die Produktionstechnologie im Investitionsgüter- wie im Konsumgüterbereich und im Tertiärsektor »revolutionär« verändert. Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, der nicht von den Möglichkeiten der Automatisierung, der Daten- und Informationsverarbeitung betroffen wäre. Die enorme Verbilligung der mikroelektronischen hardware ermöglicht eine zumindest vorübergehende Senkung der organischen Zusammensetzung und impliziert eine massive Kapitalvernichtung.
- Der technische Fortschritt im Bereich der Verfahrenstechnologie ermöglicht eine nahezu beliebige Zerlegbarkeit von Produktionsprozessen. Jeder Produktionsschritt kann am kostengünstigsten Standort konzentriert werden. Da gleichfalls aufgrund der Entwicklung der Daten- und Informationstechnologie und der Verbilligung und Beschleunigung der Kommunikationsmöglichkeiten ein dezentralisierter Produktionsprozeß ohne Reibungsverluste organisierbar ist, besteht die Möglichkeit einer integrierten weltweiten arbeitsteiligen Produktion (vgl. Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977).
- Der Übergang von der Politik der Importsubstitution zur exportorientierten Industrialisierung in zahlreichen Ländern der kapitalistischen Peripherie macht die Nutzung der 'billigen' Arbeitskräfte der unterentwickelten Gesellschaften durch das metropolitane Kapital immer attraktiver. Die Entwicklungsländer sind in einen Konkurrenzkampf um das multinationale Kapital eingetreten; sie überbieten sich in der Gewährleistung von Subventionen und Hilfsleistungen für das anlaufende internationale Kapital. Mit der massiven Ausnutzung der brachliegenden Arbeitskraft, um die Lohnkosten im Zentrum zu senken, hat eine neue Phase der Ausbeutung der Peripherie und ihrer Integration in das kapitalistische Weltsystem begonnen.
- Von den neuen Möglichkeiten der Automatisierung, der Internationalisierung der Produktion, der Erschließung 'billiger' Arbeitskräfte in der Peripherie machen in erster Linie die schnellwachsenden multinationalen Konzerne Gebrauch, die zu *weltweiten Profitmaximierungsstrategien* übergegangen sind: Jeder Schritt des individuellen Kapitalkreislaufs wird an dem Ort durchgeführt, wo er den optimalen Beitrag zum Gesamtprofit des Konzerns abwirft. Das Finanzkapital spielt in diesem Internationalisierungsprozeß eine hervorragende Rolle, da es die höchste Mobilität besitzt und die jeweiligen nationalen Marktdifferenzierungen am besten nutzen kann.
- Der von privaten Profitinteressen angetriebene und dominierte dynamische Industrialisierungsprozeß der kapitalistischen Metropolen hat zu einem *Angriff auf die natürlichen Ressourcen* dieser Welt geführt, so daß ideologisch spätestens seit den Hochrechnungen des Club of Rome und machtpolitisch seit dem Boykott der OPEC-Staaten 1973/74 das hegemoniale amerikanische Akkumulationsmodell (Fordismus) in die Krise gerät.

Um den weiteren Fall der Profitrate unter diesen neuen Rahmenbedingungen zu verhin-

dern, hat das westdeutsche Kapital zusammen mit dem Staat eine umfassende Modernisierungsstrategie entwickelt, die den spezifischen Zwängen des 'Modells Deutschland' (Abhängigkeit von Importen von Rohstoffen, von Exportmärkten vor allem für Investitionsgüter, von einem System des sozialen Friedens, von einer im Weltvergleich relativ niedrigen Inflationsrate) entspricht.

Diese Strukturzwänge berücksichtigend, war dem bundesrepublikanischen Kapital nur eine *offensive Anpassungsstrategie* zu verfolgen möglich. Eine protektionistische, die interne Nachfrage stimulierende und die heimischen Ressourcen fördernde Wirtschaftspolitik würde weder mit den Interessen des multinationalen Kapitals korrespondieren noch die Reproduktion des 'Modells Deutschland' erlauben. Ohne »billige« Rohstoff- und Konsumgüterimporte und ohne fortgesetzte monopolistische Extraprofite aus dem Verkauf von Waren mit einer hohen Wertschöpfung würde sowohl die ökonomische (Branchenstruktur, Exportwirtschaft) als auch die politische (Korporatismus) und in deren Gefolge auch die ideologische (Konsumismus, Antikommunismus) Struktur des 'Modells Deutschland' nicht aufrecht zu erhalten sein. Die eingeschlagene Anpassungsstrategie ist daher weltmarktorientiert und versucht, durch die Erhaltung und Neugewinnung von monopolistischen Positionen im Bereich der 'intelligenten Produkte' und durch die Verbilligung und qualitative Verbesserung von komplexen Standardprodukten (z.B. Fahrzeugbau) eine *Sonderstellung* in der Weltarbeitsteilung zu behaupten. Die wichtigsten einzelnen Strategien zur Sicherung dieser Position sind:

- Rationalisierung: Umfassende und schnelle Einführung der Mikroelektronik; Übergang vom Taylorismus zum Neo-Taylorismus, d.h. zur vollen Automatisierung weiter Teile des Produktionsprozesses, aber auch der Zirkulation und Distribution.
- Modernisierung: Mit staatlicher Unterstützung (Wissenschafts- und Technologiepolitik) vorangetriebene Innovationen von 'modernen' Produkten, Verfahren und Dienstleistungen, um die Schlüsselposition bei den Investitionsgütern in der Weltmarktkonkurrenz zu verteidigen.
- Verlagerung: Aufgabe von unrentablen Produktionsbereichen und Aufnahme der Produktion im Ausland, entweder um Exportbeschränkungen zu umgehen und Konkurrenz Nachteile auszugleichen oder um an Weltmarktstandorten integriert für den Re-Import zu produzieren.
- Spezialisierung: Konzentration auf die Herstellung von 'intelligenten' Produkten und Produktionsschritten (Wissenschaft, Entwicklung, Planung, Konstruktion, Erprobung, Finanzierung, Versicherung, Vermarktung); Verlagerung der Produktion, die mit standardisierten Technologien arbeitet (Massenprodukte) und die nicht vollautomatisierbar ist.
- Konzentration/Zentralisation: Volle Ausnutzung der economies of scale; verstärkte horizontale und vertikale Integration der Produktion; Ausschaltung von Konkurrenten, Marktabsprachen; Verschmelzung von Finanz- und Industriekapital.
- Steigerung der Ausbeutungsrate: Intensivierung der Arbeit; Erhöhung des Lohndrucks durch einkommenspolitische Maßnahmen, durch die Drohung mit der Arbeitslosigkeit, durch Abguppierung und Dequalifikation, durch Lohndifferenzierung.

Werden die wichtigsten ökonomischen und politischen Kennziffern der Bundesrepublik der letzten Jahre mit jenen ihrer Hauptkonkurrenten verglichen, so scheint ihre offensive Anpassungsstrategie bislang äußerst erfolgreich verlaufen zu sein. Dies ist bekannt – und wird von der sozial-liberalen Koalition oft genug herausgestrichen; offensichtlich in dem Wunsch, die negativen internationalen und innergesellschaftlichen Konsequenzen dieser Strategie rhetorisch zu verdecken. Denn, wie erfolgreich auch immer, die Modernisierung des 'Modells Deutschland' hat Problemfelder verstärkt und soziale Kosten verursacht, die nicht mit dem Hinweis auf ihre Unvermeidbarkeit und zeitliche Begrenztheit gerechtfertigt werden können. Deren Folgewirkungen stellen zwar nicht notwendigerweise das 'Mo-

dell Deutschland', das auch mit autoritären oder – bekanntlich – mit faschistischen Herrschaftsmethoden vereinbar ist, infrage. Sie gefährden jedoch den Sozialstaatsauftrag und führen zum autoritären Etatismus (Poulantzas).

(6) Sozialökonomische Folgen der offensiven Anpassungsstrategie

Der gewollte Strukturwandel sichert die Konkurrenzfähigkeit des Exportsektors, aber nur um den Preis zunehmender gesellschaftlicher Heterogenisierung. Bereits bestehende Problemfelder werden weiter verstärkt:

(1) Überforderung des Staatsbudgets

Die von der Bundesrepublik eingeschlagene Anpassungsstrategie stellt an den Staatshaushalt steigende Forderungen, die sich zu einer Finanzkrise des Staates kumulieren können. Die in den letzten Jahren stark angestiegenen Verbindlichkeiten des Staates sind symptomatisch. Die Zinsen auf öffentliche Schulden haben stark zugenommen. Ihr Anteil an den Staatsausgaben insgesamt betrug 1960 1,9%, 1970 2,4%, 1977 3,5%; an den staatlichen Aufwendungen für Investitionszwecke 1960 22,2%, 1970 21,1%, 1974 29,7% 1977 51,2% (eigene Berechnungen nach SVR 1978, S. 257). Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte stieg von 125,9 Mrd. DM 1970 auf 328,5 Mrd. DM 1977 (S. 265). Der Zusammenhang zwischen den wachsenden Anforderungen an das Budget und der Anpassungs- und Modernisierungspolitik ist in vielen Bereichen offensichtlich, in manchen aber nur indirekt wirksam. Nur auf eine der wichtigsten finanziellen Folgelasten soll hier hingewiesen werden:

- Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen zur Förderung 'intelligenter' Exportprodukte und zur Modernisierung des Produktionsapparates;
- Subventionen zur Stärkung schwacher Exportbranchen und zur Glättung von Anpassungsprozessen von Industrien und Regionen, die von der zunehmenden Importkonkurrenz und dem Strukturwandel der internationalen Arbeitsteilung besonders betroffen sind.
- Aufwendungen für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch die neue Märkte geschaffen und der Export abgesichert werden, durch die aber auch Folgeprobleme der abhängigen Entwicklung der Peripherie gemildert werden müssen.
- Erschließung neuer und billiger Ressourcen, um die Außenabhängigkeit und Erpressbarkeit zu vermindern und um von der Inputseite her die Konkurrenzfähigkeit zu sichern.
- Steigende Lasten für die Erhaltung einer konkurrenzfähigen Infrastruktur und Umwelt.
- Steigende soziale Kosten für Arbeitslose und deren Umschulung, für das Gesundheitswesen und die Sozialfürsorge, um den entstehenden Marginalbereich unter Kontrolle zu halten.
- Wachsende Ausgaben für die Ordnungskräfte, dies sowohl nach außen (Verteidigung) als auch nach innen (Polizei, Überwachung der Bevölkerung) das 'Modell Deutschland' absichern müssen.

Die Finanzierung dieser wachsenden Staatsausgaben zur Anpassung des 'Modells Deutschland' an sich verändernde weltwirtschaftliche Bedingungen wirft Probleme auf, weil weder die Staatsquote noch die Steuerquote beliebig erhöht werden können. Was die Belastung der Kapitalseite anbelangt, so sind schon allein wegen der Notwendigkeit, die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern und eine zumindest durchschnittliche Rendite der

Weltmarktindustrie zu erhalten, der Besteuerbarkeit Grenzen gezogen. Auch die indirekte und direkte Besteuerung der Einkommen läßt sich in der Bundesrepublik kaum noch erhöhen; eher sind Steuersenkungen erforderlich. Dafür sprechen drei Gründe: Einerseits führt der Spaltungsprozeß der Arbeiterklasse zum Wachstum einkommensschwacher Schichten, die aus politischen, ökonomischen und ideologischen Motiven steuerlich zu entlasten wären; andererseits muß die Konsumnachfrage dem Produktionssystem korrespondieren, damit vom internen Markt her keine Nachfragerücken entstehen. Darüber hinaus sind Steuererleichterungen erforderlich, um der Kapitalseite die Ware Arbeitskraft zu verbilligen. Unter diesen Rahmenbedingungen für die staatliche Haushaltspolitik sind die strukturellen Möglichkeiten und politischen *Chancen für eine kompensatorische Integrationsstrategie minimal.*

(2) Verschärfung regionaler Ungleichheit

In ihrer Analyse der regionalen Entwicklung zwischen 1950 und 1974 kommt die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (1977) zu folgenden Ergebnissen:

— »Trotz vieler Bemühungen und hoher raumwirksamer Direktinvestitionen des Bundes ist es nicht gelungen, die regionalen Unterschiede in der Bundesrepublik zu verringern. Sie haben sich ... teilweise sogar vergrößert ...« (S. 309).

Vor allem:

- »Die Arbeitslosigkeit in vielen Problemgebieten wie in den Schwerpunkten Ostfrieslands und des Bayrischen Waldes ist weit über dem Durchschnitt geblieben.«
- »Insbesondere für Frauen werden weiter regional sehr unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten.«
- »Zahlreiche neu angesiedelte Betriebe hatten nur eine kurze Lebensdauer. Das ist unter anderem auf das geringe oder gar rückläufige Wachstum von Branchen, zu denen diese Betriebe gehörten, und auf die Ansiedlung überdurchschnittlich vieler Zweigbetriebe aus längerfristig gefährdeten Bereichen zurückzuführen. Außerdem boten die meisten neu angesiedelten Betriebe nur wenig qualifizierte Arbeitsplätze an. Man muß sich fragen, ob diese Art Strukturveränderung nicht die Probleme von morgen schafft, statt sie zu lösen hilft« (S. 309).

Dieser Trend für die regionale Entwicklung der letzten 20 Jahre wird von Afheldt (1978) als weiterhin strukturbestimmend erachtet, wobei der durch den Internationalisierungsprozeß beschleunigte Strukturwandel noch die Ungleichheiten verstärkend wirkt.

»Die Tendenz zu technologisch intensiven oder intelligenteren Produktionen heißt, mehr zu Universitäten, zu ergänzenden Dienstleistungen, heißt weitere Zunahme des Gewichts der Führungsvorteile in Agglomerationen. ... Von diesem allgemeinen Trend zugunsten der Verdichtungsräume werden nicht alle diese Räume Nutzen ziehen können. Eine Reihe mit ihrer Struktur »gealterter« Standorte, die eine Diversifikation nicht rechtzeitig betrieben haben oder betreiben konnten, wie Stahl-, Werft- oder Mineralölstandorte, verlieren relativ rasch an Bedeutung (z.B. Saarland)« (ebenda, S. 39/40).

(3) Veränderung der Struktur des Arbeitsmarktes – Zunahme der Unterbeschäftigung

Pestel u.a. (1978) gelangen in ihrem Deutschland-Modell zu dem Ergebnis, daß bis 1990 die Altersgruppe der 19- bis 65-jährigen, die etwa dem Bevölkerungsteil im erwerbsfähigen Alter entspricht, um fast 3 Millionen Personen zunimmt (S. 45). Prognos kommt in einer Vorausschätzung der sektoralen Beschäftigungsanteile zu dem Ergebnis, daß von 1977 bis

1995 die Arbeitsplätze von 24921 Mill. auf 23233 Mill., also um 1,7 Mill., zurückgehen (zit. nach Afheldt 1978, S. 38). Zusammengenommen bedeuten diese beiden Prognosen, daß zumindest bis 1990/95 von einer wachsenden Schere zwischen der Nachfrage und dem Angebot nach Arbeitsplätzen ausgegangen werden kann (vgl. auch Junne 1979). Immerhin betrug die Zahl der offenen und versteckten Arbeitslosen im Jahre 1978 1,6 Millionen (SVR 1978, S. 60). Trotz Hochkonjunktur ist die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen 1979 kaum unter die Millionengrenze abgesunken.

Das Angebot an Arbeitsplätzen wird aber nicht nur quantitativ abnehmen, sondern der sektorale Strukturwandel, Folge der Modernisierungs und Internationalisierungsstrategie, bedingt auch qualitative Veränderungen:

- Zunehmende Arbeitsplatzmobilität; bis zu 30% p.a. (1976 etwa 24%)
- Zunehmende Dequalifikation vor allem der weniger gut ausgebildeten und weniger flexiblen und mobilen Arbeitskräfte und damit eine Spaltung des Arbeitsmarktes, die der Spaltung in einem internationalisierten und einem nationalen Sektor zwar nicht völlig kongruent ist aber doch in etwa korrespondiert.
- Zunehmendes Ungleichgewicht zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, da sich nach Pestel u.a. (1978, S. 137) im letzten Viertel dieses Jahrhunderts die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß fast verdreifacht, während die Zahl jener mit Hauptschulabschluß oder weniger um 40% abnimmt.

Wenn sich diese Entwicklungstrends durchsetzen sollten, muß mit einer wachsenden Zahl von akademisch gebildeten Arbeitslosen einerseits und mit einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen, die sich aus unterschiedlichen Problemgruppen zusammensetzen, die den steigenden Anforderungen des Wirtschaftssystems, wie technische Qualifikation, Flexibilität, Mobilität, Lernfähigkeit, Belastungsfähigkeit, nicht entsprechen, gerechnet werden. Die Analyse der sog. Problemgruppen bei offenen und versteckten Arbeitslosen bestätigt, daß dieser prognostizierte Trend bereits massiv eingesetzt hat.

- *Jugendliche*: Im Jahre 1977 z.B. »hatten von 200000 weiblichen und 280000 männlichen Schulgängern des Sekundarbereichs I, die sich um eine Ausbildungsstelle beworben haben, etwa 50000 Mädchen (25 v.H.) und 40000 Jungen (14 v.H.) keinen Erfolg«. Diese Zahlen verdecken den tatsächlichen Umfang der Jugendarbeitslosigkeit. Denn: »Etwa 25% aller Bewerber nehmen die Hilfe des Arbeitsamtes nicht in Anspruch. Wieviele von diesen Jugendlichen noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, kann nicht gesagt werden« (SVR 1978, Ziff. 112).
- *Ältere Arbeitnehmer zwischen 55 und 60 Jahren*: Ihre Arbeitslosenquote ist in den letzten Jahren beständig gestiegen und lag im Mai 79 bei 5,9%. Die Zahl der Arbeitslosen über 55 hat auch noch 1979 trotz Hochkonjunktur absolut zugenommen. Im Mai 78 waren über 27 v.H. dieser Gruppe bereits länger als 2 Jahre arbeitslos; 1 Jahr zuvor knapp 23 v.H. »Nur etwa 60 v.H. der offenen Stelle werden auch Personen angeboten, die älter sind als 55 Jahre« (ebd. Ziff. 111).
- *Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen*: »Im Mai 78 waren mehr als 260000 Arbeitslose gesundheitlich behindert; das entspricht einer Zunahme von 11 v.H. gegenüber Mai 77« (SVR 1978, Ziff. 110). 28,8% aller Arbeitslosen hatten gesundheitliche Schäden.
- *Frauen*: Im Mai 1978 waren 51,4% der Arbeitslosen Frauen. Im Mai 1976 waren es 47,6% gewesen. Der überproportional hohe Anteil der Frauen ist also noch weiter gestiegen (SVR 1978, S. 65).

Für die politische Analyse dieser Problemgruppen ist von Bedeutung, daß es sich nicht um die traditionellen Randgruppen handelt, die einst von Offe diskutiert wurden, sondern um Teile der Arbeiterklasse, die aufgrund ihrer besonderen Merkmale vom Kapital unter den gegenwärtigen Bedingungen der Kapitalakkumulation in der BRD *nicht mehr* verwertet werden können. 55% der offenen Arbeitslosen besaßen 1978 keine abgeschlossene Berufs-

ausbildung; über 51% waren Frauen; fast 30% hatten amtlich registrierte gesundheitliche Schäden; 13% waren über 55 und wollten sich noch nicht verrenten lassen. Diese Zahlen zeigen umgekehrt, wo das Interesse des Kapitals liegt. Das 'Modell Deutschland' hat für Problemgruppen, zu denen zunehmend die nichtqualifizierten Arbeitskräfte gehören, keine Arbeitsplätze.

(4) Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen

Auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft wirkt die Modernisierungs- und Anpassungsstrategie der Bundesrepublik auf vielfältige Weise ein. Eine quantitative Analyse kann hier aufgrund der Datenlage und methodischer Probleme nicht vorgenommen werden. Nur der Hinweis auf einige spezifische Problemfelder ist möglich:

- Der über die Weltmarktkonkurrenz erzwungene forcierte Rationalisierungs- und Internationalisierungsprozeß bewirkt nicht nur Arbeitslosigkeit und Dequalifikation, sondern auch eine *Reduzierung der Einkommen*. Das schon bestehende, nicht unbeträchtliche Armutspotential wird zunehmen. Die Gruppe der Sozialhilfeempfänger hat von 1970 1,49 Mill. auf 2,04 Mill. 1975 zugenommen; wobei noch zu berücksichtigen ist, daß durch die administrativen Filter und Schranken ein großer Teil von Anspruchsberechtigten aus dem untersten sozialen Netz herausfallen.
- Die zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit, die steigenden Qualifikationsanforderungen und die Intensivierung der Arbeit bewirken zusammen mit anderen Veränderungen im Reproduktionsbereich, wie die weitere Zerstörung der traditionellen sozialen Infrastruktur, die unvermeidlichen *psychischen Entfremdungs- und Verelendungsprozesse*.
- Der Agglomerationsprozeß wird durch die Restrukturierung der Ökonomie noch beschleunigt. Die *Zerstörung der Wohnumwelt* schreitet weiter fort. Die Verödung der Innenstädte wird durch Bürobauten, die im Zuge des Wachstums des Tertiärsektors entstehen, verstärkt. Die Verarmung der unteren Schichten der Arbeitsklasse fördert die Verslumung von Stadtteilen. Durch Stadtanierung werden sich die Satellitenstädte ausdehnen. Die »neue Mittelklasse« wird versuchen, ein Eigenheim am Stadtrand zu bewohnen. Damit wird die Zersiedelung des stadtnahen Umlandes und die Zerstörung von Erholungsgebieten voranschreiten und werden die Verkehrsprobleme zunehmen.
- Die offensive Anpassungsstrategie wird die *Umweltprobleme verstärken*. Zwar wurde im Zuge der Modernisierung der Volkswirtschaft der Umweltverschmutzung stärkere politische Aufmerksamkeit zuteil. Aber: »Neben den Problemen in den herkömmlichen Bereichen der Umweltpolitik sind in den letzten Jahren zwei wichtige Komplexe in den Vordergrund getreten: die Kernenergie und die Umweltchemikalien« (S. 435). Was den letzten Bereich anbelangt – die Chemische Industrie produziert gegenwärtig 40 - 50000 chemische Verbindungen in Mengen von jeweils mindestens 1 t/Jahr, der Neuzugang beträgt 500 bis 1000 Produkte im Jahr – stellen die Gutachter fest: »Zuverlässig wirksame Ansätze zur Lösung dieser Probleme sind nicht erkennbar. Vielmehr führen die wissenschaftlichen Anstrengungen auf diesem Gebiet überwiegend zur Aufdeckung neuer Probleme, ...« (Umweltgutachten 1978, S. 435).

Mindestens vier Gründe sprechen dafür, daß die Internationalisierung die schon bestehenden Umweltprobleme noch weiter verschärft:

- Um im internationalen Konkurrenzkampf um Industriestandorte bestehen zu können, dürfen die gesetzlichen Umweltauflagen nicht härter sein als jene der wichtigsten Konkurrenten. Es besteht daher ein Wettlauf um die schwächsten Beschränkungen.
- Die chemische und pharmazeutische Industrie gehört zu den vier wichtigsten deutschen Exportbranchen. Damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt, muß sie neue Wirkstoffe an-

bieten, deren Umweltverträglichkeit in der Regel nicht feststeht. Außerdem werden gerade in den Produktionsketten der chemischen Industrie besonders viele Schadstoffe als Abfallprodukte freigesetzt.

- Die Konkurrenzfähigkeit der Industrie hängt unter anderem von billiger Energie ab. Der Umweltverträglichkeit der Energieproduktion wird daher von Wirtschaft und Staat ein wesentlich geringerer Stellenwert beigemessen als den Kosten- und Versorgungskriterien.
- In der Landwirtschaft wird der Verbrauch von Umwelchemikalien zunehmen, um einerseits in der Europäischen Gemeinschaft und auf Drittmärkten konkurrenzfähig zu bleiben, und um andererseits die Reproduktionskosten der Arbeitskraft nicht noch weiter zu erhöhen, da ein zu hohes Lohnniveau ebenfalls die Position innerhalb der Weltarbeitsteilung nachteilig beeinflusst.

Das korporative Bündnis aus staatlicher Exekutive, Parteien und Gewerkschaften ist auf die Anpassungsstrategie eingeschworen. Für Interessen, die der »Modernisierung der Volkswirtschaft« (Hauff/Scharpf) entgegenstehen, ist kein Raum. Dies gilt in besonderem Maße für den Bereich der Reproduktion. Die Konkurrenzfähigkeit der Produktion hat den eindeutigen Vorrang. Dieses Abhängigkeitsverhältnis, das sich in der zunehmenden Zerstörung der natürlichen und sozialen Umwelt manifestiert, führt zu einem folgenreichen Widerspruch im 'Modell Deutschland'. Einerseits belastet die immanent determinierte Weltmarktstrategie den Reproduktionsbereich in hohem Maße; andererseits *erfordert* sowohl die zunehmende Intensivierung der Arbeit eine Verbesserung der Reproduktionsbedingungen als auch *ermöglicht* die Reduzierung der Arbeitszeit und das relativ hohe Einkommensniveau der neuen 'Mittelschichten' (höhere Angestellte, Beamte, freie Berufe), sich anspruchsvoller zu reproduzieren. Dieser Widerspruch und die gleichzeitige Blockierung des politischen Systems, das, seiner eigenen Handlungslogik folgend, die Umwelt, den Wohnbereich und die Infrastruktur durch administrative Maßnahmen auf den Produktionsbereich hin funktionalisiert, haben seit Anfang der 70er Jahre mehr und mehr Bürgerinitiativen entstehen lassen. Dazu einige Daten:

- Nach dem Bundesinnenministerium sollen sich bis 1976 etwa 15 000 Bürgerinitiativen gebildet haben (Andritzky/Wahl-Terlinden 1978, S. 36).
- Die Zahl der bestehenden Umweltschutzinitiativen dürfte sich 1977 auf etwa 3 000 bis 4 000 belaufen haben, die ca. 1,2 Mill. registrierte Mitglieder und ca. 170 000 Aktivmitglieder repräsentieren (ebenda, S. 114).
- »Drei von vier Umweltinitiativen können seit der Gründung eine Erweiterung ihres Mitgliederkreises verzeichnen, bei 18% ist die Mitgliederzahl etwa gleich geblieben und bei 5% hat eine Verkleinerung der Initiative stattgefunden« (ebenda, S. 115).
- Die inhaltlichen Schwerpunkte von Bürgerinitiativen liegen nach Pelinka (1978, S. 30) vor allem bei den Problembereichen Umweltschutz 16,9%, Kindergärten/Spielplätze 15,8%, Verkehr 11,8%, Schule 8,1%, Stadtentwicklung allgemein 8,0%.

Bei den Landtagswahlen seit 1978 traten zum ersten Mal überregional Öko-Parteien in Erscheinung, die zu einem großen Teil aus Zusammenschlüssen von Bürgerinitiativen hervorgingen. Ihre bisherigen Erfolge sind immerhin so spektakulär, daß sich die etablierten Parteien bedroht fühlen.

(5) Entfremdung der Jugend

Gegenwärtig stellt die vom 'System' entfremdete Jugend das 'Modell Deutschland' vor die gravierendsten Integrationsprobleme. Es hat den Anschein, daß große Teile der Jugend die Integration verweigern, da sie die zunehmend stärker spürbaren Widersprüche des

'Systems' nicht ertragen können oder wollen. Sie brechen mit der Normalität und flüchten in die Disco-, Rocker-, Fan-, Drogen-, Trebe-, Alternativ-, linke oder rechte Szene. Die meisten dieser Aufkündigungsversuche mögen temporär sein; die Notwendigkeit, sich zu reproduzieren, und der soziale Druck, älter werdend die Normen der Erwachsenen zu leben, sprechen dafür. Doch in welcher Weise sollte die Integration jener Jugendlichen noch gelingen?

Möglicherweise wird die Integrationsfähigkeit des 'Modells Deutschland' längerfristig am härtesten durch die Alternativbewegung herausgefordert. Denn die Alternativen haben sich ökonomisch, politisch und ideologisch von dem 'System' gelöst, auch wenn sie sich nicht unabhängig von ihm reproduzieren können. Die Alternativbewegung läßt es nicht, wie die Bürgerinitiativen oder die Umweltparteien, beim politischen und ideologischen Protest bewenden, sondern – und hierin besteht die zentrale Herausforderung – sie versucht, *alternative Produktions- und Lebensformen zu realisieren*.

Wie groß die Zahl der Alternativler genau ist, vermag gegenwärtig wohl kaum jemand zu sagen. Auf dem Tunix-Kongreß in Berlin versammelten sich etwa 10000; auf dem Rock-Festival in Frankfurt etwa 40000. Das aktive Wählerpotential der Umweltparteien kommt zu einem großen Teil aus der alternativen Szene, wie Wahlanalysen von einzelnen Wahlkreisen in Berlin, Hamburg und Frankfurt belegen. Wissenschaftssenator Glotz meint, etwa 20% der gegenwärtig in Berlin Studierenden den Alternativen zurechnen zu müssen.

(7) Alternativen der Grenzsicherung: Spaltung oder Öffnung der Gesellschaft

In seiner zweiten Phase setzt das 'Modell Deutschland' Problemgruppen und -felder frei, die nicht mehr umstandslos *kompensatorisch* zu bewältigen sind. Wo 'Überschüssige' und 'Abweichler' früher reibungslos wiedereingegliedert oder im Einzelfall stillschweigend aus dem Verkehr gezogen wurden, d.h. ohne die materielle und ideelle Reproduktion des 'gesunden Kerns' zu beeinträchtigen, kommt es jetzt zu vielfältigen Interferenzen zwischen 'Drinnen' und 'Draußen'. *Quantitativ* insofern, als der gesellschaftlich verfügbare Reproduktionsfonds an Geld-/Sachleistungen – der berühmte Kuchen, den man nur einmal verteilen kann – nicht mehr ausreicht, um eine allgemeine Pazifizierung zu erkaufen: teils sind neue Verteilungskriterien erforderlich geworden (etwa: noch mehr Investition statt mehr Konsum), teils steigt systembedingt die Menge der reinen – nicht-produzierenden – Konsumenten rapide an, jedenfalls relativ, oft auch absolut (Alte, Kranke, Arbeitslose z.B.). *Qualitativ* derart, daß die sozialen Kosten des 'intensiven' Akkumulationsprozesses inzwischen ein globales Belastungsniveau erreicht haben, das Kompensationen gleich welcher Art nicht mehr so einfach akzeptabel macht. Wer heute auf eine saubere Umwelt Wert legt oder die angebotenen Lebensperspektiven für trostlos hält, der hat für diese Verweigerung genügend Motivation ansammeln können, um gegen offizielle 'Bestechungsversuche' weitgehend immun zu sein. Und die Evidenz seiner Opposition kann er auch anderen viel leichter nahebringen: weil, erstens, das altbewährte Stigmatisierungsargument – Systemzerstörer – gegen die Ankläger selbst zurückschlägt (Stichwort: Harrisburg) – weil und soweit, zweitens, der Protest sich aus 'menschlichen' = bürgerlichen Quellen speist, deshalb keinen Geburtsfehler mit herumschleppen muß: was ihn 'natürlich', d.h. bündnisfähig macht.

Das flexible Nebeneinander von Öffnungs- und Spaltungsstrategien weicht so zwangsläufig einer konfliktreichen Konfrontation. Art und Umfang der aufgetretenen 'Verwerfungen' erzwingen tiefgreifende Weichenstellungen im Feld gesellschaftlicher Organisationsprinzipien. Wer soll die neu anfallenden Akkumulationskosten tragen? Eher alle Bürger aus 'brüderlicher' Verbundenheit heraus (»Fraternité« war schließlich ein bürgerliches Postulat)? Oder sind der Solidargemeinschaft einschneidende *Umverteilung*sopfer zugunsten ihrer schwachen Mitglieder nicht zumutbar, so daß vor allem diese den Gürtel enger schnallen müssen – also eine *diskriminierende* Problemlösung? Weiter: Kann oder muß man es sich leisten, die Grundsatzkritik an den verschärften Durchsetzungsbedingungen des 'Modells Deutschland' – letztlich am Modell selbst – offen, herrschaftsfrei zu *diskutieren* – auch auf das Risiko hin, besseren Argumenten nachgeben und den Status quo disponibel halten zu müssen? Oder empfiehlt es sich – im Interesse der Allgemeinheit und bevor sie unheilbar infiziert wird –, mit solchen Einwänden (gegen Wachstum, Leistung, Konsum etc.) kurzen Prozeß zu machen, weil sie den gesellschaftlichen Fortgang blockieren, ohne 'realistische' Alternativen anzubieten? Ist folglich *Repression* die einzig adäquate Antwort?

Allerdings: selten in der politischen Auseinandersetzung stehen die Handlungsperspektiven einander derart unvermittelt gegenüber, wenngleich sie mit zunehmender Problemüberlastung ('Unregierbarkeit') sich immer deutlicher programmatisch profilieren und personell konkretisieren. Terrorismus- und Bürokratisierungskongresse, Grundwerte-Diskussion und Alternativkultur-Debatte, Energiescenarios und Verbändegesetzentwürfe waren Episoden der jüngsten Geschichte, die über spezielle Anlässe bzw. taktische Absichten hinaus Durchblicke auf gesellschaftliche Orientierungshorizonte und Lagermentalitäten eröffnet haben. Vor diesem Horizont wiederum reihen sich dann auch faßbare Entscheidungen von Parlamenten oder Administrationen ein in größere Zusammenhänge.

Das Gesamtbild des aktuellen Frontverlaufs gewinnt so seine Konturen aus einem Konglomerat abstrakter Perspektiven, theoretischer Erwägungen, richtungsweisender Absichtserklärungen, interessierter Appelle und handfester Beschlüsse.

(8) Umverteilung oder Diskriminierung: Fiskalpolitik – Strukturpolitik – Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesrepublik hat für ihre Sozialstaatlichkeit einige hundert Milliarden Mark bezahlt und dabei in Kauf genommen, daß sich der Staat nicht nur inflationär verschuldet, sondern durch hohe Einkommenstransfers auch die eigentlichen Leistungsträger dieser Gesellschaft – Arbeitgeber wie -nehmer – empfindlich belastet: was solange über zyklische Veränderungen hinweg gutging, wie die Geschöpften über Preis-/Lohnaufschläge ihr Verwertungs-/Konsumniveau trotzdem zufriedenstellend ausbauen konnten.

Doch unter den neuen Bedingungen der verschärften Weltmarktkonkurrenz geht es ohne Einbußen nicht mehr ab: gefordert ist eine »Revision der Staatsstätigkeit« (SVR 1975) – fragt sich nur, auf wessen Kosten die *fiskalpolitischen* Neuerungen gehen. Das permanente Renten-Debakel kündigt an, woher der Wind weht; jenes Haushaltstrukturgesetz von 1975 spezifiziert, was als Trend sich abzeichnet: beschränkte Umverteilungssolidarität (Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung), ansonsten vornehmlich 'Reformen' zu Lasten der Außenseiter: sie werden indirekt am härtesten getroffen (Erhöhung der Mehrwertsteu-

er), ja sogar direkt diskriminiert (Einsparungen bei Umschulungsmaßnahmen, im Gesundheitswesen). Ihre bislang konsequenteste Form erreicht diese Belastungsstrategie in den Revisionsvorstellungen des Sachverständigenrats (SVR 1975, Ziff. 333 ff.): Danach sollen öffentliche Leistungen »immer wieder« daraufhin überprüft werden,

- ob sie *privatisiert* werden können, weil sie an Dringlichkeit verloren haben und ihre Produktion daher ins private Belieben gestellt werden kann;
- ob sie kostendeckend verpreist werden müssen, um eine bewußtere, d.h. sparsamere Beanspruchung zu erwirken;
- ob sie *rationalisiert* werden können, so daß weniger Personal ein bestimmtes Angebotsniveau mit höherer Arbeitsintensität aufrechterhält;
- ob sie in dem Sinne zu *effektivieren* sind, daß eine direkte oder indirekte Anpassung nach unten vorgenommen wird.

Formal trifft dieses Maßnahmenbündel natürlich jeden gleich; faktisch bedeutet es jedoch – von der Vermehrung des Arbeitslosenheeres einmal ganz abgesehen –, daß wieder die Ärmsten am härtesten getroffen werden: also reale Umverteilung zugunsten der 'Ins', mithin verdeckte Diskriminierung der 'Outs'. Alternativen mit höherem Solidaritätsgehalt stehen zur Debatte – eine auch nur andeutungsweise Realisierungschance haben sie indessen nicht: die selektive Austeritätspolitik beherrscht das Feld, wenngleich ihre praktische Umsetzung manchen Kompromiß erzwingt.

In Sachen: *Strukturpolitik* war Solidarität einst offizielles Programm: der Gesetzgeber machte sich anheischig, für einheitliche Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu sorgen. Doch: »das Postulat einer gleichartigen Entwicklung aller Teile der BRD ist aufgegeben worden. Die vielzitierten veränderten Rahmenbedingungen oder die knappen Ressourcen haben geholfen, dieses unrealistische Bild über Bord zu werfen.« (Afheldt 1978, S. 43). Man hat die naturwüchsigen Ungleichgewichte zwischen Verdichtungs- und ländlichen bzw. strukturschwachen Räumen als unter den gegebenen Akkumulationsbedingungen unveränderlich hingenommen. Mehr noch: was vorher regulierungsbedürftiger Defekt war – Diskriminierungen in der Infrastrukturausstattung, im Zugang zu den Arbeitsmärkten und in der Verkehrserschließung – entwickelt sich tendenziell zum strukturpolitischen Gütezeichen. Es steht für eine »bewußte arbeitsteilige Standortplanung«, mit der Zielsetzung, die Position der »Region BRD« im internationalen Wettbewerb zu stärken. »Einzelne Räume werden, wenn sie im Rahmen dieser Konzeption nicht mehr funktionstüchtig sind, mehr oder weniger 'stillgelegt' oder umfunktioniert.« (Afheldt 1978, S. 43 f.) Diese abgehängten Regionen werden bestenfalls terminologisch integriert: die Unterentwicklung heißt jetzt »Vorrangfunktion« und wird dadurch zum Programm. Landwirtschaftliche Nutzung, Ansiedlung von ökonomischen Randgruppen, Nah- und Ferienerholung, Klimaverbesserung, Wassergewinnung, Staub- und Immissionsfilterung, wenn gar nichts anderes mehr übrigbleibt einfach stille Reserve oder schlichte Verödung (Kommission 1977, S. 321 ff.) – solche Attraktivitäten bietet man den ansässigen Bewohnern und macht ihnen damit Beine, soweit das noch möglich ist (unter dem euphemistischen Etikett: Mobilitätsversorgung). Die soziale Brutalität dieser zukünftigen Regionalspaltung kann man sich leicht ausmalen, eindruckliches Anschauungsmaterial liefert schon die Gegenwart. Zum Beispiel im Fall des in eine Strukturkrise geratenen Saarlandes: Nach dem Sanierungsprogramm bei Kohle und Stahl wird die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze um 30 - 40000 abgenommen haben (ca. 25% des Angebots); die Neuansiedlung von Ersatzindustrien wurde jahrelang durch ansässige Großunternehmen erfolgreich boykottiert; im weiteren Verlauf gelang es nur, Filialbetriebe anzulocken, die umgehend wieder dichtmachten, als Branchenkrisen

heraufgezogen. Das Resultat: eine umfangreiche Abwanderungsbewegung bei den »Jüngeren, hohe Jugendarbeitslosigkeit, frühzeitiger Verrentungszwang für die Älteren: in einer geradezu exemplarischen Diskriminierungsstrategie in stillschweigender Harmonie durchgezogen vom 'Regulierungskartell' aus Staat, Unternehmen und Gewerkschaften (Esser/-Fach 1979). Andere strukturpolitische Problemgebiete sind eher noch schlimmer dran (Bayrischer Wald, Eiffel, Zonenrandgebiet etc.).

An der staatlichen Reaktion auf die Krise des *Arbeitsmarkts* fällt besonders auf, daß sie nicht einfach faktisch und verschämt diskriminiert, sondern im Verein mit interessierten Gesellschaftsinstanzen eine ideologische Offensive gegen ihre Opfer startet – unter Ausnutzung geläufiger Vorurteile. Was diese als Faulenzerei, Drückebergerei, Arbeitsunwilligkeit grobschlächtig beim Namen nennen, wird von offiziöser Seite etwas dezenter bestätigt: »In den Jahren der Vollbeschäftigung«, heißt es etwa über die Arbeitskräfte, »haben sie relativ hohe Ansprüche an die von ihnen zu verrichtende Arbeit sowie den Standort des Arbeitsplatzes entwickelt und halten bei der jetzt auftretenden Arbeitslosigkeit auch daran fest. Dies ist – neben dem verringerten Arbeitsangebot – der wichtigste Grund dafür, daß sich die durchschnittliche Dauer des einzelnen Falls von Arbeitslosigkeit verlängert hat.« Daran schließt der übliche Verdacht, daß ein Gutteil der Arbeitslosen auf eine Beschäftigung überhaupt nicht erpicht sei, weil sie »mit den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen eines Arbeitslosen eine Zeitlang ganz gut zurecht« kommen (BMW 1977). Der Diffamierung folgt auf dem Fuß die Tat, denn: »Im Interesse einer alsbaldigen Beendigung der Arbeitslosigkeit *schuldet* der Leistungsempfänger der Versicherungsgemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und -vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes« (BfA) – was konkret heißt: Mobilitätswang, Dequalifikation, Lohneinbußen in praktisch unbegrenztem Ausmaß. Selbst wenn sich die »totale Mobilmachung« einstweilen noch nicht rein verwirklichen läßt – die diskriminatorische Tendenz liegt auf der Hand, wird fiskalpolitisch flankiert (s.o.: Abbau von Umschulungsmöglichkeiten) und schimmert auch da durch, wo die verlaubliche Absicht großzügig auf Integration statt Selektion eingestimmt scheint. Besonders krass tritt diese Doppelbödigkeit an der Stelle zutage, die längerfristig das brisanteste Konfliktpotential aufbaut: bei den arbeitslosen Jugendlichen. Soweit ihnen der »hilflose Sozialstaat« (Lenhardt) bildungspolitisch überhaupt hilft, diskriminiert er sie als unfähige Randexistenzen, wälzt die Kosten auf ihre Eltern ab und vermittelt ihnen bestenfalls jenes Qualifikationsminimum, das für den äußersten Rand des 'funktionierenden Kerns' gerade noch austreicht und dort profitabel eingesetzt werden kann.

Fazit: Das 'Modell Deutschland' der intensiven Phase erzeugt aus seinen Funktionsbedingungen heraus neue Knappheiten, deren Verteilung geregelt werden muß: entweder mittels einer *allgemeinen* Umverteilung oder, in 'spalterischer' Form, durch die *selektive* Belastung spezieller Opfer-Kategorien (Alte, Arbeitslose, Jugendliche etc.). Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das diskriminatorische Bewältigungsmuster dominiert, weniger einer gezielten Benachteiligung wegen (die freilich auch vorkommt, wenn – wie im Falle der Arbeitslosen 'pädagogische' Effekte angestrebt sind); sondern weil die politisch-ökonomische Reproduktionsfähigkeit der Bundesrepublik auf den 'gesunden Kern' einer leistungsbereiten, disziplinierten, also zufriedenen Arbeitsbevölkerung angewiesen ist, die ihrerseits – gewerkschaftlich organisiert – die *relativen* Privilegien zäh verteidigt.

Politisch beherrscht diese Tendenz zwei andere, die, der bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftungsweise 'überzyklisch' eingelagert, deren soziale Bilanz weiter eintrüben. Er-

stens wird routinemäßig ein respektablel Elendsockel mitgeschleppt, dessen Mitglieder so dicht am physisch-psychischen Existenzminimum dahinvegetieren, daß sie dem Staat als disponible Masse nicht mehr zur Verfügung stehen (Obdachlose, Trinker, Verwahrloste). Zweitens ist das funktionsfähige 'Zentrum' durchaus kein sicherer Hort, in dem man sich wohllich einrichten könnte – auch seine Mitglieder sind dem permanenten Druck des kapitalistischen Verwertungsbetriebs ausgesetzt und laufen Gefahr, schleichend in jene Grauzone gedrängt zu werden, wo die 'Privilegien' (etwa via Abgruppierungsschutz) künstlich gerettet oder (etwa mit stupider Fließbandarbeit) teuer erkaufte werden müssen, so daß die Grenze zu den 'Unterprivilegierten' immer mehr verschwimmen kann.

**(9) Diskussion oder Repression:
Bürgerpolitik – Umweltpolitik – Jugendpolitik**

Während es bisher weitgehend gelungen ist, die Umverteilung knapper Ressourcen zugunsten funktionsloser Randgruppen soweit abzuwenden, daß das politisch-ökonomische 'Leistungszentrum' keine Schäden davongetragen hat – Investitionsstopp, Arbeitsverweigerung, Loyalitätszerfall –, erwachsen ihm diese Gefahren immer deutlicher aus qualitativen, d.h. nicht (mehr) verhandlungsfähigen Belastungsmomenten bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung. In einem umfassenden Sinn hat die systemimmanente realisierbare 'Lebensqualität' an Attraktivität zuviel eingebüßt, um die fraglose *Folgebereitschaft* des bestandswichtigen Bevölkerungsteils noch jederzeit garantieren zu können. Ihre Erosion beschleunigt sich dort besonders, wo 'überschüssige' Gruppen – materielle Kostgänger, idelle Abweichler – imstande sind, Alternativen vorzuführen und Koalitionen herzustellen. Da spätestens müssen die Systemrepräsentanten reagieren.

Die Entfremdung vieler Bürger von 'ihrem' Staat, der eigentlich zuständigen Beschwerdeinstanz, hat sich natürlich nicht sofort als totale Abwendung niedergeschlagen, sondern in Form eines punktuellen, meist lokal beschränkten Protests: dafür sprechen allein schon Zahl und Spektrum der Bürgerinitiativen. Dennoch zeigt sie eine *prinzipielle* Seite: verstößt doch dieser Rückgriff auf *direkte* Basisaktionen gegen den Verhaltenskodex einer ganz für *repräsentative* Eliteentscheidungen ausgelegten Regierungsform. Andererseits agieren hier 'normale' Bürger, nicht irgendwelche 'Extremisten' – umstandslose Repression ist darum aus mehr denn rein taktischen Gründen keine akzeptable Strategie. Die amtliche Einstellung gegenüber solchen Bewegungen demonstriert so zunächst verständnisvolle Offenheit:

»Für eine wachsende Zahl von Bürgern eröffnet sich in den Bürgerinitiativen eine Möglichkeit, von ihnen als wichtig erkannte und empfundene Dinge zusammen mit anderen aktiv zu unterstützen und zu durchdenken... Es geht nicht darum, daß Bürgerinitiativen und ähnliche Zusammenschlüsse die Willensbildung in Parteien und Parlamenten ersetzen. Sie können sie aber ergänzen, beschleunigen – und zuweilen wohl auch den Politiker vor resignierendem Opportunismus oder phantasielosen Fortschreibungen bewahren.« (Eppler 1978, S. 211 f.)

Diese wohlwollend neutrale Haltung kennzeichnet den herrschenden Konsens – allerdings auch und gerade dort, wo die *Grenzen* der Toleranz angesprochen sind. Bürgerinitiativen wirken als »Ergänzung des vorpolitischen Raumes der repräsentativen Demokratie, dort, wo Verbände und Parteien nicht wirksam sein können« (Jäger 1978, S. 222). Das heißt: sie sind erstens Lückenbüßer, die nur in dem »Raum« legitimerweise Interessenvertretungen

übernehmen können, den das reguläre Institutionensystem zuvor geräumt hat, weil es aus seiner Verantwortung für komplexe »Lagen« heraus simple Bedürfnisse nicht genügend berücksichtigen kann. Zweitens gebührt ihnen ein Platz nur im »vopolitischen« Feld; ihre Willensbildung ist mithin grundsätzlich dem politischen Entscheidungsprozeß subordiniert, hat dessen Verfahren und Resultate zu respektieren, darf ihn in seiner Handlungsfähigkeit nicht infrage stellen (Guggenberger 1978, S. 183): sie spielen »die Rolle eines Transmissionsriemens zwischen Bürger und Staat« in beiden Richtungen: »als Bedürfnisvermittler vom Bürger zum Staat und umgekehrt als Vermittler eines kohärenten verständlichen Politikbildes« (Jäger 1978, S. 220). Kurz: Funktionalität und Legitimität ist den Bürgerinitiativen nur solange eigen, wie ihre Aktivität »zur Stabilisierung und Revitalisierung der erstarrten repräsentativen Strukturen« beiträgt – den »Aufbruch zu neuen Ufern der identitären Willensbildung« haben sie sich gefälligst aus dem Kopf zu schlagen (Guggenberger 1978, S. 186). Anders gesagt: Initiative ist schlicht ein funktionales Äquivalent zu aktiver Kapitulation – mithin internalisierte *Repression* und der offenen allein darin »überlegen«, daß sie reibungslos geschieht. Brokdorf, Gorleben, Grohnde, Wyhl haben den »kleinen Unterschied« demonstriert.

Gerade im Kontext dieser Kontroversen hat der Sektor: *Umweltpolitik* deutlich gemacht, was unter den Auspizien eines instrumentalisierten Dialogs die Diskussionsofferten den 'Systems' tatsächlich wert sind. Auf der einen Seite der 'Atomfilz' (H. Brandt) aus Partei- und Gewerkschaftsmehrheiten, Wirtschaftsverbänden und Energieindustrie – darauf eingeschworen, daß Umweltschutzbelange zwar angemessen zu berücksichtigen seien, dabei keinesfalls den Ausschlag geben dürften, wenn Wirtschaftswachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit auf dem Spiele stünden: »Auf den Ausbau der Kernenergie kann nicht verzichtet werden. Kernenergie bleibt zur Deckung des vorherrschenden Strombedarfs unerlässlich. Ohne ihren Beitrag wäre es auch nicht möglich, die Energieträger so vielfältig einzusetzen wie es im Interesse der Sicherung unserer Stromversorgung geboten ist« – in dieser Meinung stimmen alle Entscheidungsträger, wenn auch häufig hinter vieldeutigen Formelkompromissen verschänzt, mit dem Bundeskanzler überein (zit. nach Mez 1978). Das Dilemma: breite Bevölkerungsschichten, durch allerlei Erfahrungen verschreckt und am verantwortlichen Sachverstand ihrer Repräsentanten irregeworden, weigern sich, den von oben verfügbaren Sachzwängen zu gehorchen:

»In der Mehrheit sind es brave Bürger unseres Staates, die sich in Bürgerinitiativen zum Widerstand gegen Atomprojekte und darüber hinaus zur Bekämpfung von Ämterhochmut und Bürokratisierung des öffentlichen Lebens zusammengeschlossen haben. Sorge und Angst angesichts der immer noch unkalkulierbaren Gefahren der Atomkraft sowie das Aufbegehren gegen die Selbstherrlichkeit des Staates und seiner Instanzen gegenüber dem Einzelnen prägen die politischen Aktivitäten dieser Protestbewegung.« (Mainzer Allgemeine Zeitung; zit. nach Schumacher 1977)

Ob dieser ehrbare Widerstand fortschritts-, aber nicht a priori staatsfeindlicher 'Elemente' repressiv oder diskursiv gebrochen werden soll, erscheint dem 'atom-industriellen Komplex' als reine Frage effektiver Herrschaftsausübung. Ginge es nach 'dem' Kapital, wäre die Zeit reif, 'mutig' das Notwendige zu tun und ohne viel Federlesens den gesellschaftlichen Konsens dafür zu formieren: der Worte sind genug gewechselt, wer den Taten immer noch nicht zustimmen will, der wird kompromißlos eliminiert (BDI 1979, S. 20). Die politisch Verantwortlichen hingegen, über des souveränen Volkes Stimme nicht ähnlich hoch erhaben und schon aus nachtem Selbsterhaltungstrieb an breitestmöglicher Zustimmung interessiert, suchen den 'Dialog': »Parteien, Parlamente und Regierungen«, fordert der da-

malige Forschungsminister Matthöfer, »sollten die Argumente der Bürgerinitiativen ernstnehmen, sich mit ihnen auseinandersetzen und berechtigten Bedenken entsprechen ...« Welche Einwände »berechtigt« sein könnten - dies zu entscheiden darf freilich nicht in das Belieben der Bürger gestellt werden, weder ganz noch teilweise: »Im Interesse der Funktionsfähigkeit unseres Staates« und »unbeschadet des jedem einzelnen garantierten Rechtswegs« haben sie pflichtschuldigst hinzunehmen, was die »demokratisch legitimierten zuständigen Institutionen« zu ihrem wohlverstandenen Besten bestimmen (Matthöfer; zit. nach Schluchter 1977, S. 91). Kurz und gut: Eine Diskussion anbieten, deren Argumente von *einer* Seite und - wie hier - nach *vorgefaßten* Beschlüssen gewogen werden sollen, heißt schlicht, mittels manipulativer (»meinungsbildender«) Techniken den Zeitpunkt des repressiven Durchgriffs hinausschieben - in der Hoffnung, so darum herumzukommen. Kaum mehr als eine Variante dieser Befriedigungsstrategie läuft objektiv dort ab, wo die Kritik dem *parteiiernen* Dialog einverleibt und dann demonstrativ-regelgerecht begraben wird.

Ein Staat, der seiner Bürger nicht mehr gewiß sein kann, muß erst recht damit leben, daß 'die' *Jugend* sich ihm entfremdet: nicht umsonst sind »Legitimationsschwäche und Jugendbewegung« (Lübbe) ein Dauerthema geworden, das - angefangen mit den Studentenunruhen bis hin zur spektakulären Terroraktion - die 'politische Landschaft' wie kein anderes verändert hat. Diese Jugend, speziell ihr akademischer Teil, hält »die repräsentative Demokratie für eine Scheinveranstaltung« und findet - da stimmen auch die Unpolitischen, Unakademischen weitgehend zu - »das Leben in diesem Land ... für ziemlich 'beschissen'« (Sontheimer 1979, S. 97). Die Frage ist: Soll man ihrem »diffusen Verlangen nach Veränderung entgegenkommen, ihre Erwartungen weniger oft enttäuschen, ihre Besorgnis- und Bedrohungsempfindungen abbauen?« (ebenda, S. 97). Das konservative Lager ist strikt dagegen - denn so würde dem »ideologischen Aggressor« Legitimität konzipiert, womöglich sogar die höhere (»kritisches Engagement«, »progressive Intelligenz«, »Sauerteig«) - und wer darauf verfällt, »macht sich unfähig, seine eigene Legitimität zu verteidigen, und aus dem Repräsentanten dessen, was zu verteidigen gewesen wäre, werden Schießbudenfiguren« (Lübbe 1978, S. 25). Die strategische Konsequenz daraus: Der »Weg zur Integration der Jugend in unserer Gesellschaft« kann nicht »die Anpassung der Gesellschaft an die neuen Bedürfnisse sein, sondern umgekehrt die Erziehung der Jugend zur Einsicht in gewisse Notwendigkeiten, die auch eine freie Gesellschaft nicht ignorieren kann und darf, wenn sie überleben will« (Sontheimer 1979, S. 98). Was mit denen geschehen soll, die sich nicht einfügen wollen, liegt auf der Hand und ist weithin Routine: Kriminelle, egal ob politisch oder nicht, sind zu verwahren. Allerdings: falls die Abschreckungswirkung nicht ausreicht, muß sich der Staat Gedanken darüber machen, wie er seinen Selbstbehauptungswillen noch wirksamer umsetzen kann. Schlußendlich dürfen auch »exemplarische Hinrichtungen« kein Tabu sein, wenn es darum geht, Staatlichkeit zu demonstrieren (Leisner 1979, S. 78).

An dieser Front freilich scheint die Spaltungstrategie den 'herrschenden Block' selbst zu spalten - ist doch jene Rede von der Selbstpreisgabe staatlicher Legitimität weniger vorsorgliche Warnung denn Klage über grassierende Mißstände. Bis weit in die staatstragenden Gruppen hinein und dicht an die Schalthebel politischer Macht heran reicht der Einfluß derer, die sich 'progressiv' verächtlich machen, weil sie den »ideologisch aggressiven Twens« (Lübbe) nicht klarzumachen wagen, daß über bestimmte Dinge *nicht* diskutiert wird; und weil sie das nicht praktizieren wollen, was alleine weitere Kreise abhalten könn-

te, dem System die Gefolgschaft aufzukündigen: Law and Order. Ihre Alternative: Eine »neue politische Kultur des Dialogs, des einigungsfähigen Argumentierens« (Glotz 1979^a). Wo die 'Rechten' aus Angst vor geistiger Infektion alle Kontakte – es sei denn repressive – abzubrechen gedenken, wird hier den »Ausgeflippten« ein großzügiges Diskussionsangebot gemacht, getragen von der spekulativen Angst, das 'Modell Deutschland' könnte letzten Endes zu viele abspalten, um selbst noch lebensfähig zu sein, denn: »In Teilen der jungen Generation gibt es ein Bewußtsein, eine Art der Auseinandersetzung mit unserer Industriekultur, die zurzeit weder durch rechte noch durch linke Institutionspolitik erreicht werden kann« (Glotz) - Hunderttausende, die sich im Status quo nicht mehr 'zu Hause' fühlen, die zum geringeren Teil jene spektakulären Verabschiedungsformen des Psycho-Booms, der Jugendsekten oder Alternativszene, des Links- oder Rechtsextremismus wählen, meistens einfach in die innere Emigration gehen und das politische Schicksal »ihres Staates aus der Distanz und ohne Engagement verfolgen.

Darauf kommt es an: Die »ehrliche Diskussion« (Glotz) will keinesfalls etablierte Strukturen aufs Spiel setzen – im Gegenteil: auch ihre einzige Sorge ist, eine drohende Blockade zu verhindern. Repression kommt für sie als erste Wahl einfach deshalb nicht infrage, weil der Riß das eigene Lager dezimieren würde. »Einen weiteren Versuch« muß man deshalb wagen, um den Regierten ihre 'Ängste' zu nehmen und »einen wichtigen Teil der jungen Generation« dem eigenen Gesellschaftsprogramm wieder einzupassen (Glotz). Wer sich ihm verschließt, der freilich bleibt dann endgültig 'draußen', hat in diesem System seine Chancen vertan und wird entsprechend behandelt.

Fazit: Das 'Modell Deutschland' setzt aus sich heraus kritische Tendenzen frei – von absoluter Apathie bis hin zum tödlichen Terror –, die immanent, d.h. ohne Aufgabe seiner zentralen Elemente, nicht mehr aufzufangen sind. Zwischen beiden Positionen gibt es keine Vermittlungsmöglichkeiten – wer sie suggeriert, hat dafür taktische Gründe und erreicht bestenfalls jene Gruppen, deren Systemopposition von vornherein nicht prinzipieller Natur war. Deshalb ist nicht einmal ausgemacht, daß – aufs Ganze gesehen – das friedfertige Diskussionsangebot mehr Seelen rettet als die martialische Repression – eine Zwischenphase ist sie sowieso nur.

(10) Diskriminierung und Repression: die Entwicklungsperspektive des 'Modells Deutschland'

Gesellschaftsspaltung via Diskriminierung und Repression bildet das Stützkorsett des 'Modells Deutschland'. Auf sie verzichten, hieße das ganze Modell aufs Spiel setzen – was keines der 'staatstragenden' Lager wollen kann: Gleichgültig, ob sozial-liberal, oder konservativ-autoritär, politische Differenzen resultieren so nicht aus grundsätzlichen Alternativen, sondern verdanken sich strategischen Erwägungen begrenzter Reichweite: pariert die eigene Klientel nicht, empfehlen sich sorgsamere Behandlung, mehr Entgegenkommen und größere Langmut. Doch sind die Toleranzgrenzen der Öffnungsbereitschaft sehr eng gezogen, weil anders der 'harte Kern' abzubrockeln droht: durch zuviel Umverteilung werden Leistungsanreize abgebaut und Diskussionen, allzu nachgiebig geführt, verunsichern das gesunde Volksempfinden – was man sich angesichts eines kompromißlosen politischen Gegners schon gar nicht leisten will.

Je näher dieser kritische Punkt rückt, desto fester schließen sich die Reihen: dafür spricht

das zusehends verengte Reaktionsspektrum in der Radikalenfrage ebenso wie die immer ungeduldiger erhobene Forderung nach Schluß der Kernenergie-Debatte. Vereinzelt werden zwar Skrupel laut – doch selbst wo sie ernstgemeint sind: der Zweifel findet wenig Anhänger – die (integrierten, gezielt entpolitisierten) 'Massen' können ihrer Meinung nach genug verlieren, um am Status quo zu hängen. Und wenn man jene 'Anderen', Nicht-Angepaßten schon eines harmlosen Konfettiregens wegen zum Teufel wünscht (Glötz 1979b), dann haben sich »die großen Streitfragen der achtziger Jahre« eh' von selbst erledigt – für das 'System' wenigstens.

Literatur

Die angegebene Literatur beschränkt sich aus Platzgründen auf ein Minimum.

Afheldt, H. 1978: Konsequenzen des Internationalisierungsprozesses auf Stadt- und Regionalpolitik. In: Konstanzer Verwaltungsseminar. Universität Konstanz, S. 24 ff.

Andritzky, W./U. Wahl-Terlinden 1978: Mitwirkung von Bürgerinitiativen an der Umweltpolitik, hrsg. vom Umweltbundesamt, Berichte 6/78. Berlin.

BDI 1979: Jahresbericht 1978/79.

BMWi 1977: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft vom 12.11.1977.

BMWi 1978: Leistung in Zahlen 77. Bonn.

Busch, K. 1978: Die Europäische Gemeinschaft in der Krise - die Ursachen des Scheiterns der Wirtschafts- und Währungsunion. In: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 30, S. 92 - 132.

Eppler, E. 1978: Bürgerinitiativen kontra Parteipolitik? In: Guggenberger/Kempf 1979, S. 209 ff.

Esser/Fach 1979: Internationale Konkurrenz und selektiver Korporatismus. Beitrag für die 10. Tagung des Arbeitskreises »Parteien - Parlamente - Wahlen« der DVPW, Neuß (im Druck).

Esser u.a. 1979a: Das »Modell Deutschland« und seine Konstruktionsschwächen. Editorial zu Leviathan 1/1979, S. 1 - 11.

Fröbel, F./J. Heinrichs/O. Kreye 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek.

Fuhrke, M. 1976: Sozialpolitik als Integrationspolitik. In: Die Linke im Rechtsstaat, 1976, Bd. 1 - Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965, S. 89-106.

Glötz, P. 1979a: Auf diesem Stern wollen sie nicht leben. Junge Generation, alternative Bewegungen und die Aufgaben der Sozialdemokratie. In: Frankfurter Rundschau vom 6.9.1979, S. 14 f.

Glötz, P. (Hg.) 1979b: Die großen Streitfragen der achtziger Jahre. Bonn.

Guggenberger, B./U. Kempf (Hg.) 1978: Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen.

Guggenberger, B. 1978: Bürgerinitiativen - oder: Wie repräsentativ ist die »Repräsentative Demokratie« in der Bundesrepublik Deutschland? In: Guggenberger/Kempf (Hg.) 1978, S. 172 ff.

Hauff, V./F.W. Scharpf 1975: Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik. Frankfurt.

Hirsch, J. 1979: Die Entwicklung des politischen Systems in Westdeutschland. In: Castells/Scase (Hg.): The State in Western Europe. London (im Erscheinen).

Hirsch, J./R. Roth/V. Brandes (Hg.) 1979: Leben in der Bundesrepublik. Berlin 1980.

Huffschmid, J./H. Schui (Hg.) 1976: Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973-1976 in der BRD. Köln.

Jäger, W. 1978: Bürgerinitiativen - Verbände - Parteien. In: Guggenberger/Kempf (Hg.) 1978, S. 213 ff.

Junne, G. 1979: Internationalisierung und Arbeitslosigkeit. In: Leviathan 1/1979, S. 57-78.

Kreile, M. 1978: Die Bundesrepublik Deutschland - eine »Economie Dominante« in Westeuropa? In: PVS-Sonderheft 9/1978, S. 236-256.

- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 1977: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen.
- Leisner, W. 1979: Demokratie. Selbstzerstörung einer Staatsform? Berlin.
- Lübbe, H. 1978: Endstation Terror. Stuttgart.
- Mez, L. 1979: Bundesrepublik Deutschland - Der unaufhaltsame Aufstieg zur Atommacht. In: Ders. (Hg.): Der Atomkonflikt. Berlin 1979, S. 29 ff.
- Pelinka, A. 1978: Bürgerinitiativen - gefährlich oder notwendig? Würzburg.
- Pestel, E. u. a. 1978: Das Deutschland-Modell. Herausforderungen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Stuttgart.
- Schluchter, W. 1977: Bürgerdialog und Partizipation. Zur Untersuchung des Battelle-Instituts Frankfurt. In: Duve, F. (Hg.): Technologie und Politik 7, S. 84 ff. Reinbeck bei Hamburg.
- Schmiede, R. 1976: Das deutsche »Wirtschaftswunder« 1945-1965. In: Die Linke im Rechtsstaat, a. a. O., S. 107-138.
- Schlupp, F. 1979: Internationalisierung und Krise - das »Modell Deutschland« im metropolitanen Kapitalismus. In: Leviathan 1/1979, S. 12-35.
- Schumacher, H. G. 1977: Legitimation und Partizipation von Bürgerinitiativen. Umweltschutz in der Energiediskussion - Möglichkeiten und Grenzen. In: Matthöfer, H. (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen, S. 220 ff. Villingen.
- Simonis, G. 1979: Die Bundesrepublik und die neue internationale Arbeitsteilung. In: Leviathan 1/1979, S. 36-56.
- Sontheimer, K. 1979: Die verunsicherte Republik. Die Bundesrepublik nach 30 Jahren. München.
- SVR 1975: Jahresgutachten 1975/76.
- SVR 1978: Jahresgutachten 1978/79.
- Umweltgutachten 1978 Stuttgart und Mainz.
- Welteke, M. 1976: Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft. Frankfurt, Main.